



Bad Schwalbach, den 26.08.2020

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung
Sitzungsnummer	27/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 25. August 2020
Sitzungsbeginn	16:03 Uhr
Sitzungsende	19:46 Uhr
Ort	Cafeteria Kreishaus

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Paul Weimann	
-------------------	--

Stellv. Vorsitzende

Herr Roland Hoffmann	
----------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Klaus-Peter Güttler	
--------------------------	--

Herr Günter Heckel	bis einschl. TOP 11
--------------------	---------------------

Herr Christian Kessner	
------------------------	--

Herr Lothar Metternich	
------------------------	--

Herr Volker Mosler	
--------------------	--

Frau Inga Rossow	bis einschl. TOP 10
------------------	---------------------

Herr Harald Schmelzeisen	
--------------------------	--

Frau Heike Jung-Wellek	
------------------------	--

Herr Winfried Steinmacher	bis einschl. TOP 10
---------------------------	---------------------

Dezernenten

Frau Dr. Orth-Krollmann	
-------------------------	--

Herr Hans-Joachim Pirschle	bis einschl. TOP 11
----------------------------	---------------------

Herr Dr. Clemens Mödden	bis einschl. TOP 11
Herr Günther F. Döring	
Herr Karl Ottes	bis einschl. TOP 11

Schriftführerin

Frau Yvonne Grein	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Der Ausschussvorsitzende Weimann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung um 16:03 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, Vertreter des Kreisausschusses, Vertreter der Verwaltung sowie Herrn und Frau Bielak vom Architekturbüro Bielak und Herrn Zeimentz und Frau Hulten von der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz.

KB Ottes hat vorgeschlagen, den TOP 8 (BUGA Vertragsänderung) vorzuziehen, damit Herr Zeimentz und Frau Hulten die Sitzung nach diesem TOP wieder verlassen können.

Abg. Hoffmann schlägt vor, die TOP 12, 14 und 16, die sich alle mit Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm beschäftigen, gemeinsam zu behandeln.

Den Vorschlägen von KB Ottes und Abg. Hoffmann stimmen die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Abg. Kessner stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er bittet darum, den Berichtsantrag der AfD-Fraktion zum Thema Organisation und Personal in der KFZ-Zulassungsstelle, der im HFA behandelt werden soll, auch auf die Tagesordnung des EUKA zu nehmen. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Landrat Kilian zieht seinen Beschlussvorschlag unter TOP 10 zurück. Das Thema Bürgerentscheid Citybahn wird unter TOP 9 behandelt.

Abg. Jung-Wellek stellt den TOP 13 (Einstieg RTV in eigenes Busangebot) zurück.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 02.06.2020

Abg. Kessner erklärt, dass unter TOP 19 der Niederschrift zur EUKA-Sitzung am 2. Juni 2020 protokolliert ist, dass der Antrag Nr. 12/20 (KFZ-Zulassung) für erledigt erklärt wurde. Nach der Sitzung hat Abg. Kessner festgestellt, dass dieser Antrag nicht erledigt ist.

Ausschussvorsitzender Weimann weist Abg. Kessner darauf hin, dass das keine Auswirkungen auf die Niederschrift der letzten Sitzung haben kann, da das Sitzungsergebnis korrekt protokolliert wurde.

Abg. Metternich ergänzt zudem, dass die Genehmigung der Niederschrift in der Geschäftsordnung eindeutig geregelt ist.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 2. Juni 2020 wird dann einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS X/1308 Berichts Antrag - Bearbeitung von Bauanträgen- Nr. 19/20 vom 12.05.2020 der FWG-Fraktion; Stellungnahme der Verwaltung

Für Abg. Rossow sind durch die Stellungnahme der Verwaltung nicht alle Fragen vollständig beantwortet. Unter anderem kann sie sich die Differenz zwischen den in der Stellungnahme der Verwaltung angegebenen Zeiten und den Angaben zu den Bearbeitungszeiten des Hessischen Wirtschaftsministeriums nicht erklären.

Abg. Rossow wird ihre Fragen schriftlich formulieren. KB Mödden sagt eine schnellstmögliche Beantwortung der Fragen zu. Der TOP wird in der nächsten Sitzung des EUKA erneut aufgerufen.

Abstimmungsergebnis: **zurückgestellt**

TOP 3. DS X/1313 Jahres- Sachstandsbericht zum Kreisstraßensanierungsprogramm 2021-2030

KB Pirschle erläutert den Sachstandsbericht.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Metternich, Hoffmann, Jung-Wellek und Kessner.

Der Aufbau des Straßenkatasters der GSA wird zur Kenntnis genommen.

Der Abg. Metternich schlägt vor, dass dem EUKA die Auswertung der Ergebnisse der Straßenzustandserfassung der GSA in seiner nächsten Sitzung vorgestellt werden. Auch der Abg. Hoffmann wünscht sich dieses Vorgehen und bittet darum, dem EUKA in der nächsten Sitzung ein 10-Jahresprogramm zur Kreisstraßensanierung vorzustellen. Abg. Kessner bittet darum, die Straßen, deren Restnutzungsdauer 2020 abläuft, besonders zu betrachten. In Ergänzung zu den zu 2. und zu 3. aufgeführten Tabellen wäre es für Abg. Jung-Wellek hilfreich, wenn die Kosten pro km Straße angegeben würden.

Der Abg. Metternich bittet KB Pirschle um Prüfung, ob der unter zu 3. angegebene Straßenabschnitt der K 711 in die Zuständigkeit des Rheingau-Taunus-Kreises fällt.

KB Pirschle sagt die Prüfung und die Vorstellung der Ergebnisse des Straßenkatasters in der nächsten EUKA-Sitzung zu.

Der Sachstandsbericht wird sodann zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 4. DS X/1336 Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007

An der Aussprache beteiligen sich Landrat Kilian und Abg. Metternich. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5. DS X/1342 L 3027, Neubau der Brücke über die Bahnlinie in Niedernhausen

Abg. Güttler bedankt sich bei der Verwaltung für die umfassende Stellungnahme. Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 6. DS X/1379 Sachstandsbericht zum barrierefreien Umbau der Bushaltestellen im Kreis; hier: Berichts Antrag Nr. 20/20 der SPD-Fraktion vom 04.08.2020

Der Berichts Antrag wird ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, einen Bericht zum Sachstand der Einrichtung neuer barrierefreier Bushaltestellen im Rheingau-Taunus-Kreis zu geben.

TOP 7. DS X/1343 Klimaschutzstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis: Strukturen und Maßnahmen für integrierten Klimaschutz auf allen Ebenen des kommunalen Handelns

Abg. Kessner beantragt, über die einzelnen Punkte des Beschlusses getrennt abzustimmen. Diesem Antrag wird zugestimmt.

Abg. Mosler beantragt, einen Punkt 5 in den Beschluss mit folgendem Wortlaut aufzunehmen: Jegliche Maßnahme der Klimaschutzstrategie muss durch den Kreistag beschlossen werden. Durch den Beschluss wird keine zusätzliche Stellenschaffung ausgelöst.

Abg. Jung-Wellek bittet darum, einen Schwellenwert für Maßnahmen festzulegen, damit nicht jede Maßnahme im Kreistag beschlossen werden muss.

An der Aussprache beteiligen sich darüber hinaus Landrat Kilian, Abg. Hoffman und Abg. Met-

ternich.

Die Unterpunkte des Beschlusses werden einzeln zur Abstimmung gestellt.

Die Strategie zum Klimaschutz für den Rheingau-Taunus-Kreis wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 1 des Beschlusses wird mehrheitlich beschlossen, bei zwei Gegenstimmen.

Punkt 2 des Beschlusses wird mehrheitlich beschlossen, bei drei Gegenstimmen.

Punkt 3 des Beschlusses wird mehrheitlich beschlossen, bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung.

Punkt 4 des Beschlusses wird mehrheitlich beschlossen, bei drei Gegenstimmen.

Der ergänzte Punkt 5 wird mehrheitlich beschlossen, bei einer Enthaltung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die vorliegende Strategie zum Klimaschutz für den Rheingau-Taunus-Kreis zur Kenntnis.

Der Kreistag empfiehlt, mit der Umsetzung der folgenden Teilbereiche zu beginnen bzw. sie fortzusetzen:

1. Einrichtung einer verwaltungsinternen Lenkungsgruppe „Klimaschutz in der Kreisverwaltung“
2. Vorbereitung der Teilnahme der Kreisverwaltung am Projekt „Ökoprofit“ der Landeshauptstadt Wiesbaden im Jahr 2021/2022
3. Einrichtung einer interkommunalen Arbeitsgruppe – Kommunen und Kreis gemeinsam für den Klimaschutz, die z.B. folgende Themen bearbeitet:
 - Identifizierung von Feldern der Zusammenarbeit im Klimaschutz
 - Radwegeplanung
 - Klimafreundliches Beschaffungswesen
 - Erstellung eines Maßnahmenpakets zur Klimaanpassung
 - Informationsveranstaltung zum Thema Klimaanpassung und Klimafolgen
 - Information und Austausch über Fördermöglichkeiten Bund und Land
4. Öffentlichkeitsarbeit
Jährliche Durchführung des Forums Erneuerbare Energien im Rheingau-Taunus-Kreis
5. Jegliche Maßnahme der Klimaschutzstrategie muss durch den Kreistag beschlossen werden. Durch den Beschluss wird keine zusätzliche Stellenschaffung ausgelöst.

TOP 8. DS X/1353 Beschlussfassung über die Änderung des Gesellschaftsvertrages BUGA Oberes Mittelrheintal gGmbH

Der Beschluss zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der BUGA Oberes Mittelrheintal

gGmbH wird ohne Aussprache einstimmig, bei einer Enthaltung, gefasst.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Vertreter des Rheingau-Taunus-Kreises (Landrat oder Dezernent) in der Versammlung des Zweckverbandes Weiterbe Oberes Mittelrheintal (ZV WOM) wird ermächtigt, dem folgenden Beschluss der Verbandsversammlung zuzustimmen:

1. Die Verbandsversammlung beauftragt den Zweckverband die zur Vorbereitung und Durchführung der Bundesgartenschau 2029 erforderlichen Maßnahmen zu treffen und die dazu erforderlichen Verträge zu schließen, soweit nicht die Zuständigkeit der Zweckverbandsversammlung gegeben ist.
2. Die Verbandsversammlung beauftragt den Zweckverband, den Durchführungsvertrag mit der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft und der BUGA 2029 GmbH gemäß vorstehender Zusammenfassung abzuschließen. Sie beauftragt die Vertreter des Zweckverbandes in der Gesellschafterversammlung der BUGA 2029 GmbH, dem Abschluss dieses Vertrages zuzustimmen.
3. Die Verbandsversammlung beauftragt die Vertreter des Zweckverbandes in der Gesellschafterversammlung der BUGA 2029 GmbH, den der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz sowie dem Regierungspräsidium Darmstadt vorgelegten Änderungen des Gesellschaftsvertrags der BUGA 2029 GmbH (Anlage 4) zuzustimmen.
4. Die Verbandsversammlung beschließt die mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz abgestimmten Änderungen der Verbandsordnung gemäß (Anlage 5).
5. Die Verbandsversammlung beschließt, dass der Zweckverband bei den umlagepflichtigen kommunalen Mitgliedern jährlich eine um maximal 412.000,00 Euro erhöhte Verbandsumlage erhebt.
Die Höhe wird jeweils im Haushaltsplan des Zweckverbands festgelegt.

Die Umlage ist bis zum 31. Januar. des jeweiligen Jahres entsprechend des Anteils der jeweiligen Kommune gemäß dem Umlageschlüssel der Verbandsumlage für das Jahr 2017 an den Zweckverband zu zahlen; im Jahr 2020 ist der Anteil der Kommunen unmittelbar nach Aufforderung durch den Zweckverband zu zahlen.

TOP 9. DS X/1358 CityBahn: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden vom 2. Juli 2020

Landrat Kilian erläutert den Beschlussvorschlag und merkt an, dass im Kreisausschuss der Punkt 3 des Beschlussvorschlages dahingehend geändert wurde, dass anstelle der Verwaltung der Kreisausschuss die Entscheidung über die Klageerhebung treffen soll.

Das Hessische Innenministerium billigt den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Wiesbadens. Das entsprechende Schreiben wird an die Ausschussmitglieder verteilt und ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Die Abg. Hoffmann, Mosler und Kessner sehen die Prüfung der Zulässigkeit des Bürgerentscheids kritisch. Abg. Güttler schlägt ein stufenweises Vorgehen vor. Zunächst soll geprüft

werden, ob in die Selbstverwaltungsrechte des Rheingau-Taunus-Kreises eingegriffen wurde. Erst nachdem diese Frage eindeutig mit ja beantwortet wurde, soll ein Beschluss über die Klageerhebung gefasst werden.

KB Döring spricht sich für den Beschlussvorschlag aus, da er ein deutliches Bekenntnis zur Citybahn ist.

Die Abg. Jung-Wellek und Hoffmann beantragen die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Beschlusses. Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu.

Punkt 1 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 wird mehrheitlich abgelehnt, bei vier Ja-Stimmen und sieben Gegenstimmen

Damit erübrigt sich die Beschlussfassung über Punkt 3.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 10. DS X/1359 CityBahn: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden vom 2. Juli 2020

Der Beschlussvorschlag wurde von Landrat Kilian zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis: **von Landrat zurückgezogen**

TOP 11. DS X/1390 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet "Ober der Hardt", Bad Schwalbach; Grundsatzbeschluss; Machbarkeitsstudie

Herr und Frau Bielak aus dem Architekturbüro Bielak stellen die Machbarkeitsstudie zur weiteren Bebauung auf dem Areal des Kreishauses vor. Landrat Kilian spricht sich aus Kostengründen für einen Neubau im Gebiet „Ober der Hardt“ aus.

Herr Bielak erwähnt besonders, dass im Bebauungsplan eine 6 m breite Straße mit einem Gehweg von 1,5 m zur Erschließung des Kreishauses festgesetzt ist und sich aus Erschließungsvereinbarung ableiten lässt, dass bei einer Neubebauung des Areals östlich des Kreishauses eine Verpflichtung zur Herstellung dieser Straße besteht.

Abg. Schmelzeisen betont, dass nun vier Varianten zur Diskussion stehen.

1. Neubau im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“
2. Neubau auf dem Areal des Kreishauses
3. Kooperation mit dem DRK für Gefahrenabwehrzentrum und Anmietung von Büroflächen in der Tannenwaldklinik
4. Gefahrenabwehrzentrum wird im Kreishaus ausgebaut und Anmietung von Büroflächen in der Tannenwaldklinik

Nur wenn für alle Varianten die Vor- und Nachteile sowie die Kosten bekannt sind, kann ein

fundierter Grundsatzbeschluss gefasst werden. Die Variante Neubau auf dem Areal des Kreishauses sollte nicht vorher verworfen werden. Satz 2 unter Punkt 2 des Beschlusses soll somit gestrichen werden.

Abg. Hoffmann stimmt dem zu und beantragt, einen Punkt 5 in die Beschlussfassung aufzunehmen: Für alle vier Möglichkeiten ist ein Kostenvergleich unter Berücksichtigung der langfristig entstehenden Kosten zu erarbeiten und dem Kreistag vorzulegen.

Für Abg. Metternich ist im Zuge des Kostenvergleichs genau zu prüfen, ob die zusätzlichen 30 Arbeitsplätze überhaupt erforderlich sind oder ob in diesem Bereich durch Homeoffice und mobiles Arbeiten gespart werden kann.

Abg. Jung-Wellek setzt sich dafür ein, die Verhandlungen zum Ankauf der Skaterbahn mit der Stadt Bad Schwalbach fortzusetzen. Sie bittet darum, im Kostenvergleich auch die Realisierungszeiträume anzugeben.

An der Aussprache beteiligen sich darüber hinaus die Abg. Güttler und Kessner sowie Ausschussvorsitzender Weimann.

Über den Beschlussvorschlag mit den o.g. Änderungen wird sodann abgestimmt. Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss nimmt die durch den Kreistag per Beschluss in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zur weiteren Bebauung auf dem Gelände des Kreishauses zur Kenntnis.
2. Der Kreistag nimmt die gemäß Beschluss vom 04.02.2020 in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zur weiteren Bebauung auf dem Gelände des Kreishauses zur Kenntnis.

Neben der Möglichkeit der Realisierung von Modul 1 aus dem Gefahrenabwehrzentrum und der Schaffung von 30 weiteren Arbeitsplätzen durch den Kreis auf den reservierten Grundstücken „Ober der Hardt“ in Bad Schwalbach sind nachfolgende weitere Möglichkeiten gegeben.

3. In Kooperation mit dem DRK-Kreisverband Rheingau-Taunus e.V. wird auf einem vom DRK noch abschließend festzulegenden Grundstück im Bereich der Stadt Bad Schwalbach das Modul 1 aus dem Gefahrenabwehrzentrum durch das DRK oder einen von dort beauftragten Dritten errichtet und vom Kreis angemietet. Die Maßnahme erfolgt zusammen mit der Errichtung einer neuen Rettungswache Bad Schwalbach, die auf dem gleichen Grundstück realisiert wird. Zur Deckung der fehlenden Büroarbeitsplätze der Kernverwaltung wird langfristig Büroraum in der ehemaligen Tannenwaldklinik angemietet. Die vorübergehend in die Bahnhofstraße 2a in Bad Schwalbach ausgelagerten Organisationseinheiten (RPA, Rechtsamt, Sportkreis, Landschaftspflegeverband) werden ins Kreishaus zurückgeführt, damit die Kernverwaltung nicht weiter zersiedelt und an nur 2 Standorten in Bad Schwalbach untergebracht ist. Der Kreisausschuss wird beauftragt, hierzu die weitergehenden notwendigen Schritte in die Wege zu leiten.

4. Modul 1 aus dem Gefahrenabwehrzentrum wird im Kreishaus nach dem aktuellen Stand der Technik unter Einbeziehung vorhandener Flächen (Inanspruchnahme weiterer Büroflächen) ausgebaut. Zur Deckung der dann insgesamt fehlenden Büroarbeitsplätze der Kernverwaltung wird langfristig Büroraum in der ehemaligen Tannenwaldklinik angemietet. Die vorübergehend in die Bahnhofstraße 2a in Bad Schwalbach ausgelagerten Organisationseinheiten (siehe Pkt. 3) werden ins Kreishaus zurückgeführt, damit die Kernverwaltung nicht weiter zersiedelt und an nur 2 Standorten in Bad Schwalbach untergebracht ist. Der Kreisausschuss wird beauftragt, hierzu die weiteren Schritte einzuleiten.
5. Für alle vier Möglichkeiten ist ein Kostenvergleich unter Berücksichtigung der langfristig entstehenden Kosten zu erarbeiten und dem Kreistag vorzulegen.

TOP 12. DS X/1367 Urteil Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm; hier: Antrag Nr. 17/20 der CDU-Fraktion vom 03.08.2020

Die TOP 12, 14 und 16 werden gemeinsam behandelt. Abg. Hoffmann legt den Ausschussmitgliedern einen gemeinsamen Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vor, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt ist.

Abg. Güttler erklärt, dass die SPD-Fraktion dem ersten Punkt des gemeinsamen Antrags von CDU und FDP nicht zustimmen kann, eine Zustimmung zu den Punkten 2 und 3 aber denkbar ist. Abg. Mosler und Abg. Hoffmann stimmen der Streichung des ersten Punktes des Antrags zu. Sodann wird der Antrag als gemeinsamer Antrag der CDU-, der SPD- und der FDP-Fraktion gestellt.

An der Aussprache beteiligen sich auch die Abg. Metternich, Mosler und Jung-Wellek.

KB Dr. Orth-Krollmann sagt zu, dass den Mitgliedern des EUKA die Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde zum Windpark auf dem Taunuskamm zur Verfügung gestellt wird (**Anlage 3**).

Abg. Kessner bittet darum, dass über den Antrag der AfD-Fraktion zuerst abgestimmt wird, da er in Punkt 1 weitergehend ist als der Antrag von CDU, SPD und FDP. Es wird punktweise über den Antrag der AfD-Fraktion abgestimmt.

Punkt 1 wird mit sechs Gegenstimmen und zwei Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 2 wird mit sechs Gegenstimmen, einer Enthaltung und einer Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 3 wird mit sieben Gegenstimmen und einer Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 4 wird mit sieben Gegenstimmen und einer Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Der gemeinsame Antrag der CDU, SPD und FDP wird sodann zu Abstimmung gestellt. Ihm wird mehrheitlich zugestimmt, bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises unterstützt die Bemühungen der Stadt Taunus-

stein, die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Taunushauptkamm im Bereich der Hohen Wurzel zu verhindern und somit gegen das Urteil vorzugehen.

2. Er bittet auch das Regierungspräsidium Darmstadt alle erforderlichen Rechtsmittel gegen das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden in dieser Sache einzulegen.

TOP 13. DS X/1372 Einstieg des RTV in ein eigenes Busangebot; hier: Antrag Nr. 19/20 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.07.2020, eingegangen am 03.08.2020

Der Antrag wurde von der Antragstellerin zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: **zurückgestellt**

TOP 14. DS X/1375 Keine Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm; hier: Antrag Nr. 20/20 der FDP-Fraktion vom 03.08.2020, eingegangen am 04.08.2020

TOP 14 wurde gemeinsam mit TOP 12 behandelt.

TOP 15. DS X/1376 Naturpark Rhein-Taunus; hier: Antrag Nr. 21/20 der FDP-Fraktion vom 03.08.2020, eingegangen am 04.08.2020

Abg. Hoffmann erläutert den Antrag.

KB Dr. Orth-Krollmann informiert darüber, dass im Jahr 2018 das Naturparkkonzept aufgestellt wurde, in dem zahlreiche Projekte zur Aufwertung des Naturparks definiert sind. Mit der Umsetzung wurde begonnen. Sie sagt zu, den Ausschussmitgliedern das Naturparkkonzept zugänglich zu machen.

Es ist unter folgender Adresse zu finden: <https://www.naturpark-rhein-taunus.de/de/naturpark/leitbild/NP-Konzept-2028/>

Abg. Hoffmann stellt den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurück, wenn KB Dr. Orth-Krollmann in der nächsten Ausschusssitzung über den Sachstand der Umsetzung berichtet.

Abstimmungsergebnis: **zurückgestellt**

TOP 16. DS X/1386 Resolution - Keine Windenergieanlagen auf dem Taunuskamm; hier: Antrag Nr. 23/20 der AfD-Fraktion vom 04.08.2020, eingegangen am 05.08.2020

TOP 16 wurde gemeinsam mit TOP 12 behandelt.

TOP 17. DS Verschiedenes

KB Döring berichtet über die Sondersitzung der Gesellschafterversammlung RTV am 9. Juli 2020 zur strategischen Ausrichtung und über die Corona Auswirkungen im Busverkehr.

Er weist darauf hin, dass der Status quo der Busangebote ohne eine erhebliche zusätzliche Finanzierung nicht aufrechterhalten werden kann.

Der Bericht ist dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:46 Uhr.

Bad Schwalbach, 26. August 2020

.....
(Paul Weimann)
Ausschussvorsitzender

.....
(Yvonne Grein)
Schriftführerin